

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Herbert Brückner, Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen, spricht sich gegen die Errichtung von Anlagen zur Wiederaufbereitung atomarer Brennstoffe aus.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB, stellv. Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, setzt sich für ein "Europa als Vaterland des Friedens" ein.

Seite 3/4

Dr. Olaf Schwencke MdB, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, fordert die Aufhebung der Verjährung von Völkermord.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 08 11

34. Jahrgang / 25

5. Februar 1979

Keine Wiederaufbereitung atomarer Brennstoffe

Von Herbert Brückner
Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen

In der Energiediskussion hat für die SPD unverändert ein Beschluß Gültigkeit, der 1977 auf dem Hamburger Parteitag zustande kam und der die Sozialdemokraten seinerzeit auf einen Kurs festlegte, der für den Zeitraum einer damals proklamierten Dampfpause vorübergehend zwar einen Baustopp für neuer Atomkraftwerke bewirkte, andererseits jedoch die Option Kernenergie offenhielt.

Diese abwägende Haltung und die Offenhaltung dieser wichtigen Zukunftsfrage unseres Landes durch die SPD macht es zwingend notwendig, daß sich die Bundespartei auf ihrem nächsten Parteitag erneut dieser Problematik stellt und nunmehr endgültig zu einer von einer breiten Parteilmehrheit getragenen zukunftsgerichteten Entscheidung kommt.

Die innerparteiliche Diskussion und die Meinungsbildung auf dem Weg zu einer endgültigen Entscheidung haben dabei jene Fakten zu berücksichtigen, die derzeit den Energiesektor prägen. Diese Tatsachen sind:

- Nach wie vor bestehen Überkapazitäten für die Stromerzeugung.
- Energieversorgungsprobleme sind allenfalls im Bereich flüssiger Brennstoffe für den Verkehr sowie auf dem Sektor der Wärmegewinnung bei niedrigen Temperaturen denkbar, nicht aber im Bereich der Elektrizität.
- Die Energiequelle "Energieeinsparung" ist noch längst nicht ausgeschöpft. Programme auf Bundes- und Länderebene laufen derzeit erst an. Dabei macht breite öffentliche Zu-

stimmung deutlich, daß die Bevölkerung für eine Mitwirkung bei entsprechenden Programmen überaus positiv motiviert ist.

- Die Möglichkeiten zum Einsatz und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sind - den Ergebnissen der in letzter Zeit intensivierten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zufolge - offenbar doch weitreichender und vielschichtiger als zunächst prognostiziert.
- Die politischen Zusagen zur weiteren Nutzung und Förderung heimischer Steinkohle bedingen zugleich, daß neue Kraftwerke - soweit sie überhaupt notwendig sind - zunächst auf Kohlebasis zu errichten sind.

Angesichts dieser Ausgangslage sind derzeit keine Notwendigkeiten erkennbar, die darauf hindeuten würden, die Kernenergie weiter auszubauen. Damit entfällt gleichzeitig auch jeder vernünftige Grund für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage mit ihren unabsehbaren Folgen für Gesundheit und Umwelt.

Eine Wiederaufbereitungsanlage bedeutet den endgültigen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und damit das Eingehen von Risiken und Unwägbarkeiten in bislang ungekanntem Ausmaß. Der dadurch notwendig werdende Überwachungsaufwand, insbesondere zur Verhinderung jeder mißbräuchlichen Nutzung des Plutoniums, ist nur durch eine Einschränkung freiheitlich-demokratischer Rechte zu erkaufen.

Vor diesem Hintergrund ist ein politisches Handeln erforderlich, das klare und eindeutige Festlegungen in der Energiefrage trifft und das zugleich dazu geeignet ist, das erschütterte Vertrauen großer Teile der Bevölkerung in das Verantwortungsbewußtsein politischer Entscheidungsträger wieder herzustellen oder zu festigen. In Anbetracht der objektiven Gefahren und Probleme, die eine Entscheidung zugunsten der Kernenergie bedeutet, sowie angesichts der tiefempfundenen Sorgen und Ängste einer großen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber jeder atomaren Technologie, kann der künftige Kurs der SPD in der Frage der Kernenergie - nach meiner Einschätzung und Empfehlung - nur der folgende sein:

- Neue Genehmigungen für Atomkraftwerke werden nicht mehr erteilt, weil ihre Notwendigkeit nicht nachgewiesen ist und alternative Möglichkeiten vorhanden sind.
- Eine Wiederaufbereitungsanlage wird nicht errichtet, weil sie - schon aus Rentabilitätsgründen - den Ausbau der Kernenergie zwangsläufig zur Folge hätte, und weil sie den direkten Übergang zur Plutoniumwirtschaft mit ihren unübersehbaren Risiken bedeuten würde, die darüberhinaus noch vom Steuerzahler und vom Strompreiszahler mit ungeheuren Summen finanziert werden müßte.
- Für die bereits vorhandenen abgebrannten Brennelemente muß eine sichere Endlagerung in geeigneten, geologischen Formationen gefunden werden. Dies bedarf intensivster Forschungsarbeit. Nur wenn diese erfolgreich ist und solange sichere Zwischenlagerungsmöglichkeiten vorhanden sind, können die bestehenden Kernkraftwerke weiterarbeiten. Dies bedeutet für Gorleben, daß auch dort keine Wiederaufbereitungsanlage errichtet sondern lediglich nach geeigneten, geologischen Formationen gesucht wird, in denen abgebrannte Brennelemente sicher gelagert werden können.
- Gleichzeitig werden weiter verstärkte politische und wirtschaftliche Anstrengungen unternommen, um eine rationelle und sparsame Energieverwendung sicherzustellen und um zugleich die Anwendung regenerativer Energieträger durch Intensivierung der Forschung und Subventionierung schnell zu ermöglichen.

Diese Vorschläge zum Handeln sind eine offensive Position der SPD in der politischen Auseinandersetzung und können unserer Partei ein bundesrepublikanisches Zweitendorf ersparen. Im Jahr 1979 und auf dem Bundesparteitag werden die wichtigen Grundlagen für den Bundestagswahlkampf 1980 gelegt. Hierauf müssen unsere Entscheidungen ausgerichtet sein.

(-/5.2.1979/ks/lo)

Für ein Europa als Vaterland des Friedens

Sozialdemokraten in den Zielen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik einig

Von Karsten D. Voigt MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Ihre ersten Verlautbarungen im neuen Jahr lassen schon die Hoffnung darauf schwinden, daß die Oppositionsparteien endlich die Kraft zum konstruktiven Dialog und zur sachlichen Auseinandersetzung mit der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik der SPD/FDP-Koalition finden. Die notwendige Diskussion in der Sache droht wieder vom Schwall ritualisierter und zunehmend abgedroschener Vorwürfe und Verdächtigungen erstickt zu werden. Die ersten Töne scheinen wieder Vorböten des kommenden Sing-Sangs einer alten Schallplatte der Unions-Parteien zu werden:

- "Die Sozialdemokraten vernachlässigen die Verteidigungskraft der Bundeswehr" (ein Vorwurf, der bei den Militärs im Warschauer-Pakt ebenso wie bei unseren westlichen Nachbarn Erstaunen und Lächeln hervorruft);
- "Stimmen bei Bündnispartnern und insbesondere in den Vereinigten Staaten sind besorgt über den Kurs der Sozialdemokraten" (eine Behauptung, die durch eine Vielzahl unterschiedlicher und gegensätzlicher Stellungnahmen bei Bündnispartnern - auch den USA - immer genau so gut wie das Gegenteil mit Zitaten belegbar ist und die die sorgfältige und vorsichtige Abstimmung der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik mit ihren Bündnispartnern vergessen machen soll),
- "der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister stehen unter dem Druck und im Konflikt mit der Linken und/oder Wehner, Bahr, Ehmke, die das Militärpotential des Ostens unterschätzen und sicherheitsgefährdende einseitige Vorleistung in der Abrüstung fordern".

Diese Vorwürfe aus der CDU/CSU verkennen die einhellige Zielsetzung sozialdemokratischer Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik und den Charakter der Innerparteilichen Diskussion hierzu.

Nach der bitteren Erfahrung zweier Weltkriege und dem Bewußtsein, daß die Arbeiterbewegung zu wenig Kraft zur Verhinderung der zu diesen riegen führenden Politik besaß, ist Friedenspolitik vorrangige Zielsetzung der Sozialdemokratie. Nie in einer Politik des Kalten Krieges, sondern nur in einer konsequenten Friedenspolitik kann und will die Sozialdemokratie ihre politische Identität finden.

Es gab innerparteiliche Konflikte bis die Ostpolitik offizielle Regierungspolitik wurde. Seitdem ist sie nur in einzelnen Akzenten, nie aber in ihrer Zielrichtung in der SPD umstritten gewesen. Das gleiche gilt für die Zielsetzungen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik insgesamt. Bezeichnenderweise ist nach vorhergehender kontroverser Diskussion zu dem wichtigen Einzelpunkt der Neutronenwaffe der Beschluß des Hamburger Parteitages zu den Zielen von Rüstungskontrollvereinbarungen 1977 bei nur einer Gegenstimme einmütig verabschiedet worden.

Es ist deshalb einmütiges Ziel der SPD durch eine "Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung den sich selbstnährenden Rüstungswettlauf zu unterbrechen oder wenigstens zu verlangsamen". Einmütig gehen die Sozialdemokraten davon aus, daß "angesichts eines bestehenden globalen militärischen Gleichgewichts und angesichts rüstungstechnologischer Entwicklung" Verhandlungen über Rüstungssteuerung zunehmend an Bedeutung finden.

Einmütig haben die Sozialdemokraten auf ihrem Hamburger Parteitag dem Wortlaut des Antrages des Parteivorstandes zugestimmt, in dem es heißt: "Vor der Entscheidung über die Einführung qualitativer neuer Waffensysteme ist darauf zu achten, daß deren Auswirkungen Rüstungskontrollverhandlungen nicht behindern. Vielmehr müssen auch in diesem Bereich alle Anstrengungen gemacht werden, um zur Rüstungskontrollvereinbarung zu kommen." Aus diesem Zusammenhang ergeben sich sowohl Schlußfolgerungen für die Einführung der Neutronenwaffe als auch für Planungen zur Einführung neuer Mittelstreckenraketen.

Nicht Auf- oder Nachrüsten wie Helmut Kohl voreilig der Bundesregierung empfiehlt, sondern der Versuch, ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Vertrauensbildung durch Rüstungskontrollvereinbarungen mit dem Ziel der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung zu erreichen, das ist unsere Antwort auf die Entwicklung neuer Waffensysteme.

Wie dies zu erreichen ist, darüber wird man und muß man auch von Sozialdemokraten unterschiedliche Akzente in der Diskussion hören. Weil und solange diese Zielsetzung aber unumstritten ist, wird die CDU/CSU vergeblich versuchen in die Partei, in die Bundestagsfraktion und zwischen Sozialdemokraten in Regierung und Partei und Parlament einen Keil zu treiben.

Gerade auch während der kommenden Wochen bis zu den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament sollten Sozialdemokraten in den Dialog mit engagierten Christen, Gewerkschaftern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Jugendorganisation über ein künftiges Europa als Vaterland des Friedens eintreten. Wir sollten versuchen, bei den Bürgern in der Bundesrepublik um noch größere Unterstützung für eine Friedenspolitik zu bitten, die ein Mehr an Sicherheit bei weniger Rüstung auf dem schwierigen Wege über Rüstungskontrollen und Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen anstrebt. (/5.2.1979/va-he/hgs)

Dem Straßburger Beispiel folgen

Straßburger Parlamentsbeschuß der 21 für die Unverjährbarkeit von Völkermord

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Nach der Straßburger parlamentarischen Debatte am vergangenen Freitag und auf Grund der anhaltenden öffentlichen Diskussion über den Fernsehfilm Holocaust hat das Problem "Verjährung von Kriegsverbrechen" eine unerwartet breite publizistische Aufmerksamkeit erfahren: Hat Holocaust jedem Zuschauer zumindest eine Ahnung vom Ausmaß des unermesslichen Judenmords im Nazi-Deutschland vermittelt, so hat die Argumentation von Mitgliedern aller Parteien in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgehend erkennen lassen, das über das Thema Verjährung heute ohne antideutsche Vorbehalte, wenngleich nicht leidenschaftslos, diskutiert werden kann. Nach langer Debatte - es sprachen 25 Redner aus allen politischen Lagern - nahm das Parlament mit großer Mehrheit die Entschließung des Stoffelen-Berichts "Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an.

Kernpunkt der Entschließung ist die erneute Aufforderung der Parlamentarier an die Regierungen der 21 Mitgliedsländer des Europarats, die "Europäische Konvention über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" aus dem Jahre 1974 zu unterzeichnen, was bislang nur von Frankreich geschehen ist, und das Übereinkommen zu ratifizieren. Keiner hat allerdings in Straßburg überhört können, daß in Debatte und Entschließungsantrag auch das Verjährungsdatum 31. Dezember 1979 für Nazi-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Rolle spielte. Aber keineswegs bezieht sich die Entschließung allein auf vergangene Nazi-Verbrechen, sondern umfaßt grundsätzlich die Unverjährbarkeit aller Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Von den sechs deutschen Debatten-Rednern sprachen sich die Sozialdemokraten Manfred Schulte, Hans Bardens und Olaf Schwencke eindeutig für die Aufhebung der Verjährung von Völkermord aus und stimmten für die Resolution, während die CDU-Redner sich entweder der Stimme enthielten (Reddemann) oder die Entschließung ablehnten (Schäuble); wegen seiner "noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildung" enthielt sich der FDP-Abgeordnete Vohrer seiner Stimme.

Die Bundesregierung sollte den Europarat nicht im Unklaren über ihre Haltung zur europäischen Unverjährbarkeits-Konvention von 1974 lassen; zur Aufhebung der Verjährung von Völkermord (StGB Paragraph 220a) wird in Kürze aus der Mitte des Bundestages eine breit getragene Initiative kommen: Völkermord nicht zu sühnen, wäre nicht nur eine Beleidigung der Opfer, sondern ein Akt abgrundtiefer Menschenverachtung und würde die christlich-humanistische Tradition Europas fratzenhaft verzerren.

(-/5.2.1979/h1/hgs)